

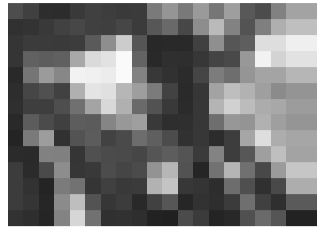
ISSN 1019-0287

Preis 1,49 €

17. Oktober 2003

erscheint freitags

17/10 - 26/10/2003
(film/theatre/concert/events)



Patient Krankenkasse



In wenigen Jahren schreibt die Pflegeversicherung rote Zahlen, bei der Krankenversicherung ist es schon jetzt der Fall. Während die Regierung an den Symptomen herumdoktert, warten Opposition, Unternehmer und Gewerkschaften mit Vorschlägen auf.

dës woch, Seite 3

(Foto: woxx)

Gegen Ausgrenzung

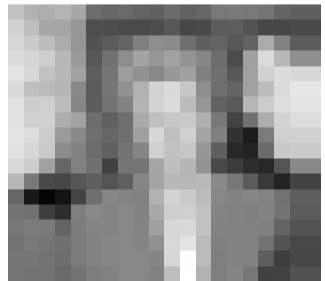
Die Integration von Immigranten hat viele Facetten: René Kollwelter über die "Schule der zweiten Chance" in Marseille und die Luxemburger Zweiklassengesellschaft.

interview, Seite 2

Nation first

Europa soll eine Verfassung bekommen. Doch statt der Union steht der Nationengedanke an erster Stelle.

aktuell, Seite 6



Résistance

Ce weekend sera rendu hommage aux volontaires des Brigades internationales. Un combat pour la démocratie, longtemps illégal au Luxembourg.

magazine, page 7

Insolite

Après une prestation stupéfiante l'année passée, la chanteuse-comédienne Erika Stucky revient au Luxembourg pour un autre concert d'exception.

magazine, page 8



INTERNET

Mit "Safe-Borders" startet auch in Luxemburg eine Sensibilisierungskampagne zur Nutzung des Internets. Doch Medienerziehung allein reicht nicht aus, um den Gefahren des Internets beizukommen.

Geschätzte 260 Millionen Porno-Sites, davon rund 182.000 kinderpornografischen Inhalts, Suizidforen, Gewalt verherrlichende Fotosammlungen und so genannte Hate-Sites, auf denen Rechtsextreme und Rassisten ihr menschenverachtendes Gedankengut ausbreiten, ködernde Werbespams - keine Frage, im Internet lauern viele Gefahren, zumal für Kinder und Jugendliche.

Eine Sensibilisierungskampagne soll hier Abhilfe schaffen: Das Safe-Borders-Projekt, lanciert von der Europäischen Kommission im Rahmen des "Aktionsplans für ein sicheres Internet" und mit einigen Monaten Verspätung nun auch offiziell in Luxemburg am Start, soll Kindern und Jugendlichen sicher durch den Internet-Dschungel helfen. Ziel ist es, sowohl junge Internet-UserInnen als auch Eltern, Lehrpersonal, erwachsene KonsumentInnen über die Risiken des WWW zu informieren und Strategien für mehr Sicherheit im Netz aufzuzeigen. Dazu gehört beispielsweise die Empfehlung,

Jugendliche nicht unbeaufsichtigt und planlos im Netz surfen zu lassen oder Kinderschutzmechanismen wie Filter einzubauen, die entlang bestimmter Schlüsselwörter unerwünschte Seiten blockieren. "Walled gardens" etwa erlauben nur den beschränkten Zugang auf einige für sicher befundene Web-Seiten.

Ein Besuch auf vermeintlich sichere Seiten, wie zum Beispiel www.kindernetz.de, zeigt jedoch: Einen hundertprozentigen Kinder- und Jugendschutz im Internet gibt es nicht. Da sich jeder dort eine beliebige Identität ausdenken darf und somit weitgehend anonym bleiben kann, weiß man auch im ausgewiesenen Kinder-Chat nicht, ob man es wirklich mit einem 13-Jährigen oder aber, im schlimmsten Fall, mit einem pädophilen "Stalker" zu tun hat. Dass diese keine Schreckgespenster von Internet-Verteufelern sind, zeigen die sich auch in Europa häufenden Fälle von Entführungen und Vergewaltigungen von Mädchen und Jungen, die von Chat-Kon-

takten verübt wurden. Der Internet-Gigant Microsoft hat wohl, neben geschäftlichen Gründen, auch deshalb seine europäischen Chats diese Woche geschlossen. Unter dem Jubel verschiedener Kinderschutzorganisationen. Die fordern seit längerem, Internetprovider gesetzlich dazu zu verpflichten, für die Unbedenklichkeit der Inhalte auf ihren Web-Seiten Sorge zu tragen. Bloß: Wer kontrolliert, dass dies auch geschieht? Und wie stellt man sicher, dass Jugendliche nicht einfach auf andere Chats ausweichen, die möglicherweise noch schlechter geschützt sind? Zudem sind kriminelle Händler Profis: Wenn ihren schmutzigen Geschäften in einem Land Ungemach droht, dann wechseln sie - nach Russland, Japan, USA, wo weniger scharfe Bestimmungen existieren. Wenn Gesetze zum Internet Wirkung zeigen sollen, dann müssen sie international verbindlich sein.

Und noch etwas sollte bedacht werden: So berechtigt und wünschenswert es ist, Pornohändlern, Pädophilen und uneinsichtigen Providern das Handwerk zu legen, Aktivitäten gegen die so genannte Cyberkriminalität bedeuten auf der anderen

Seite die Einschränkung elementarster Grundrechte. Wer für die eingeschränkte Anonymität im Netz plädiert, muss wissen, dass Meinungsfreiheit und Privatsphäre dabei groben Schaden nehmen können. In Folge der Cyber-Crime Convention des Europäischen Rates etwa sind sowohl das Fernmelde- und Postgeheimnis wie auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung berührt, beispielsweise wenn Kommunikationsdaten zwischen Staaten hin- und hergeschickt oder von Providern nun für eine gewisse Dauer gespeichert werden, ohne dass die betreffende Person davon weiß. Der Schritt zum Missbrauch solcher "Kundendaten", zur polizeilichen Bespitzelung, ist nicht sehr weit. Welche Vorsicht beim Engagement gegen Kriminalität im Internet geboten ist, zeigt übrigens auch die diffuse, extensive Definition von "Cyberkriminalität": War zunächst die Bekämpfung von so genannten Hacker- und Viren-Attacken und Kinderpornografie das erklärte Ziel der Befürworter der Cyber-Crime Convention gewesen, ist es inzwischen der Terrorismus. Was ist es morgen?

Ein Kommentar von
Ines Kurschat

Preis: 1,49 €



99715